

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 47 (1968)
Heft: 1

Artikel: Einem kantonalen Parteitag entgegen
Autor: Lienhard, Richard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-347344>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dr. Richard Lienhard

Einem kantonalen Parteitag entgegen

«Sozialismus heisst Hoffnung, und zwar nicht als vage Gefühlsduselei, sondern als nüchterne Arbeit an der Zukunft. Uns geziemt daher weder die blossе (berechtigte) Freude über Siege noch das blossе (begreifliche) Vergessen von Niederlagen. Wir müssen aus beiden, Siegen wie Niederlagen, Lehren für die Zukunft ziehen. Dazu brauchen wir den Parteitag.»

Günther Nennung

Am 27. Januar 1968 wird in Uster ein ausserordentlicher Parteitag der kantonalen SP Zürich stattfinden. Dieser Tagung kommt insofern eine besondere Bedeutung zu, als dort – im Rückblick auf eine schwerwiegende Wahlniederlage und ihre Begleitumstände – die gründliche Aussprache über eine Neuorientierung unserer kantonalen Politik auf die Tagesordnung kommen muss. Durch die Mitgliedschaft zahlreicher Sektionen geht denn auch der Ruf nach Neubesinnung auf die Grundsätze sozialdemokratischer Politik. Es ist erfreulich festzustellen, dass in weiten Kreisen des Parteivolkes zu Stadt und Land vom sozialdemokratischen «Ustertag» eine Klärung in bezug auf den zukünftigen politischen Kurs unserer Kantonalpartei erwartet wird. Nicht dass dabei etwa an ein Wunder gedacht würde. Solches geschieht im politischen Leben höchst selten. Vor allem ist der Parteitag nicht der Ort, wo sich so rasch Wunder einzustellen pflegen.

SPÖ, du hast es besser

Immerhin gibt es aus der jüngsten Zeit ein Beispiel dafür, dass an einem denkwürdigen sozialdemokratischen Parteitag wenigstens ein halbes Wunder möglich wurde. Ich meine den Parteitag der österreichischen Sozialisten, der vom 30. Januar bis 1. Februar 1967 gedauert hatte. Anlässlich dieser Tagung war es einer respektablen Mehrheit von Delegierten

gelungen, sich gegen das Beharrungsvermögen der durch die Wahlniederlage angeschlagenen Parteiführung durchzusetzen und zu erreichen, dass die Konsequenzen aus der Wahlniederlage auch in personeller Hinsicht gezogen wurden. So musste der Parteivorsitzende, Bruno *Pittermann*, trotz seiner grossen Verdienste dem «Reformer» Bruno *Kreisky* Platz machen. Auch der Parteivorstand erhielt ein völlig neues Gesicht. Dabei ist interessant, dass sowohl der neue Parteipräsident sowie ein Teil der neuen Parteivorstandsmitglieder aus der «Gruppe 70» hervorgegangen waren. Es handelte sich hier um eine innerparteiliche oppositionelle Gruppe, die sich nach der Wahlniederlage zum Ziel gesetzt hatte, die Partei nicht nur äusserlich, d. h. durch blosse Organisationsformen, zu reformieren, sondern ihr vor allem zu einem neuen geistigen Konzept zu verhelfen. Die Vertreter dieser Gruppe hatten sich vor allem gegen den zeitweiligen, taktisch bedingten, tagespolitischen Zick-Zack-Kurs der Partei aufgelehnt. Deshalb bemühten sie sich zunächst um die Formulierung von Zielvorstellungen, die den sozialistischen Idealen entsprechen und so die Menschen unserer Zeit in Bewegung zu setzen vermögen. Für uns ist interessant, zu welchen Erkenntnissen die «Gruppe 70» unter dem Titel «Ideologiereform» kam:

«Unter diesem Begriff werden zwei verschiedene Dinge verstanden. Nämlich erstens die Setzung von Zielen, die insofern neu sind, als der Sozialismus heute in Form ‚realer Utopie‘ präsentiert werden muss, das heisst genügend nüchtern, *um in unserer Zeit realisierbar zu erscheinen, und genügend gross, um die unbefriedigte Tiefenschicht des heutigen Menschen anzugreifen, aus ihr Idealismus und Aktivität herauszuholen.* (Von uns hervorgehoben.)

Unser Dilemma in der Zweiten Republik ist ja, vor allem in den letzten Jahren, dadurch entstanden, dass wir von den Zielen der österreichischen Sozialdemokratie soviel erreicht haben, dass wir bei grossen Teilen der Bevölkerung als Verwalter der Zukunftsvision unserer Vorväter erscheinen, aber nicht als Kämpfer für eine neue Gesellschaft.

Zweitens benötigen wir eine Revision unseres wissenschaftlichen Rüstzeugs, welches überholte Vorstellungen des vorigen Jahrhunderts enthält. Es geht um die Anwendung der Erkenntnisse der Gesellschaftswissenschaften auf das politische Handeln.

Nur so kann die Partei jenen geistigen Standort beziehen, von dem aus ein strategisch und taktisch richtiges Verhalten möglich wird.»

So gelang es denn innert kurzer Zeit, dass sich das geistige Klima in der Partei zu ihren Gunsten änderte. Und darauf ist es wohl in erster Linie zurückzuführen, dass sich bald aufsehenerregende Wahlerfolge einstellten.

Der Parteitag: Stätte des Dialogs und der Waffengleichheit

Der Parteitag ist der Ort, wo sich die innerparteiliche Willensbildung vollzieht. Das Ergebnis einer offenen und in aller Freiheit geführten Diskussion soll schliesslich den Entscheid über den künftigen Kurs der Partei bestimmen. Bei dieser Auseinandersetzung dürfte es gelegentlich blitzen und donnern. «Schadet nichts», bemerkte einmal in einem solchen Fall Franz Kreuzer, Chefredaktor der «Wiener Arbeiterzeitung»: «Der Boden dürrt. Denn es waren einige trockene Jahre.»

Die Diskussion scheint schon deshalb lebhaft zu werden, weil die Geschäftsleitung zuhanden des Parteitages Thesen zur zukünftigen kantonalen Politik entworfen hat. Diesen Thesen sollen die von oppositionellen Gruppen ausgearbeiteten Leitsätze gegenübergestellt werden. Nichts wäre naheliegender, als dass zunächst ein Vertreter der GL für ihre Thesen und darauf ein Sprecher der «Opposition» für deren Leitsätze plädieren würde. Auf diese Weise kämen die Delegierten am besten in die Lage, die verschiedenen Standpunkte gegeneinander abzuwägen. Nun will aber eine Mehrheit der Geschäftsleitung dem Vernehmen nach dem Referat und Korreferat noch einen weitem Vortrag folgen lassen: ein Sprecher des Parteivorstandes soll allgemein zur Standortsbestimmung der Partei Stellung nehmen. Ein solches Vorgehen widerspricht jeder Regel. Es geht nicht an, dass die Freiheit demokratischer Willensbildung durch das rhetorische Feuerwerk eines von der Parteiführung bestellten Referenten beeinträchtigt wird. Die Forderung nach Waffengleichheit stellt sich kategorisch.

Dazu kommt: Wo scharfe Gegensätze ausgetragen werden, muss der Parteitag mehr sein, als ein gut organisiertes Familienfest mit schön formulierten Reden im Saal und mit möglichst lebhaftem Hin und Her draussen im Vestibül («Salü, gut, dass ich dich sehe!»). Somit wäre die Geschäftsleitung gut beraten, wenn sie am nächsten Parteitag die Voraussetzungen für eine echte Diskussion schaffen würde. Nur auf diese Weise lässt sich die wünschbare Geschlossenheit der Partei erreichen. Es kommt nicht von ungefähr, dass die schon in anderem Zusammenhang zitierte Schrift deutscher Sozialdemokraten auf den offenen *Dialog* besonderen Wert legt: «Die Geschlossenheit und Einmütigkeit einer Partei ist nur dann Ausdruck ihrer politischen Kraft, wenn sie aus dem offenen Dialog erwachsen ist.»¹

Wer diesen Dialog stört, setzt sich dem Verdacht aus, er vertrete einen manipulierten Konformismus.

¹ Vgl. «Mobilisierung der Demokratie», Beitrag zur Demokratiereform. Herausgeber: Waldemar von Knoeringen, München. Erhältlich beim Sekretariat der Georg-von-Vollmar-Schule, Aussendienststelle Zürich, Edi Schätti, am Glattbogen 58, 8050 Zürich. Preis inkl. Versandkosten Fr. 2.80.

Idee und Tat gehören zusammen

Man wird am Parteitag kaum zu einer klaren Entscheidung über einen neuen Kurs gelangen, wenn nicht zuerst versucht wird, zunächst den Gründen der jüngsten Wahlniederlage auf den Grund zu gehen. Im Verzicht auf jede selbstkritische Betrachtung liegt meines Erachtens die Schwäche der Geschäftsleitungs-Thesen, und mit Recht setzt hier die Kritik der Gegenthesen ein. Ohne auf letztere näher einzugehen, darf doch festgestellt werden, dass unsere Kantonalpartei in den letzten Jahren die Grundsatzpolitik zu sehr vermissen liess. Keine Partei vermag auf die Dauer zu bestehen, ohne dass sie Grundsätze pflegt und in der Praxis zu verwirklichen versucht. Die Sozialdemokratische Partei verdankt von jeher ihre Anziehungskraft einer konsequenten Grundsatzpolitik. Jedermann, der in der praktischen Politik Erfahrungen zu sammeln weiss, wird dies bestätigen. Ernst *Lanz* (Zürich), der nach jahrzehntelanger Tätigkeit in und für die Partei über eine reiche Erfahrung verfügt, vermag überzeugend darzutun, dass unsere Partei im Verlauf der Zeit immer so stark war, wie sie es nach dem Massstab der Grundsatztreue verdiente. Mit Recht wird deshalb in den genannten Thesen auf das Parteiprogramm verwiesen. Damit ist es freilich noch nicht getan. Ein Parteiprogramm schaffen, ohne sich um seine Interpretation zu kümmern, ist zu wenig. Der blosser Hinweis auf ein Programm ist noch weniger. Dass das Parteiprogramm auch noch ins Bewusstsein der Parteimitglieder dringt, gehört zu der vornehmsten und vordringlichsten Aufgabe der führenden Parteinstanzen. Diese Aufgabe wurde gerade auf dem Boden unserer Kantonalpartei in den letzten Jahren stark vernachlässigt.

Weil Idee und Tat zusammengehören, sollte es nicht mehr vorkommen, dass in der Diskussion – etwa am Parteitag – Theorie und Praxis gegeneinander ausgespielt werden. Redaktor T. *Biedermann* kam in einem seiner kürzlichen Grundsatzartikel² auch auf den Praktizismus zu sprechen und bemerkte in diesem Zusammenhang: «Wer diesen Praktizismus verpönt, sollte Abschied aus der Politik nehmen und sich ‚Höherem‘ widmen.» Wenn ich auch T. Biedermann als einen sehr fähigen Journalisten schätze, so muss ich ihn doch fragen, ob er noch nie etwas davon gehört hat, welcher Impuls von der sozialistischen Theorie auf die sozialdemokratische Praxis auszugehen vermag. Wird nicht gerade auf dem Boden des Kantons Zürich offenbar, wohin der Weg der SP führt, wenn sie sich nur noch dem Praktizismus verschreibt. Würde er uns genügen, wäre niemand glücklicher als ich, da ich mir in diesem Falle einige Nacht- und Sonntagsarbeit ersparen könnte. Wo sind, wenn man fragen darf, auf dem Boden unserer kantonalen Politik die überzeugenden Ergebnisse des Praktizismus? Wo blieb der

² Vgl. «Vorwärts zur Gestaltung der Zukunft»: «Volksrecht» vom 3. Januar 1968.

«Hecht im Karpfenteich», von dem Ueli *Götsch* in seinem Grundsatzreferat sprach? Wo war in der Praxis der kantonalen Politik die führende Kraft sozialdemokratischer Politik spürbar? Antworte mir, Traugott Biedermann, aber nicht als federführender Vertreter des Apparats, sondern als ein sich seiner Selbstverantwortung bewusster Journalist!

Übrigens stelle ich immer wieder fest, dass gerade bei einer Sorte von arri- vierten Praktikern die Tendenz zu «Höherem» (zu noch «höheren» Sesseln, zu «höheren Ebenen» und zu noch mehr Mandaten) besonders ausgeprägt ist. Damit stellt sich die Problematik des «Multifunktionärs», worüber ein- mal in unserer Schrift diskutiert werden sollte. Wenn T. Biedermann seine Kritik in dieser Richtung verstanden haben sollte, so wäre allerdings da- gegen nichts einzuwenden.

Zur «Zusammenarbeit mit Parteien links der Mitte»

Gerade aus dem Bekenntnis zum Parteiprogramm und zu einer Grund- satzpolitik zeigt sich der Widerspruch zu dem am unglücklichen Schliere- ner Parteitag der Geschäftsleitung erteilten Auftrag, eine Politik mit an- deren «Parteien links der Mitte» einzuleiten. Es ist bekannt, dass einige Vertreter der leitenden kantonalen Parteinstanzen vor allem an die Zu- sammenarbeit mit dem Landesring denken. Kann es sich nun aber eine Grundsatzpartei leisten, mit einer Partei zu koalieren, deren erster Grund- satz Grundsatzlosigkeit heisst? Übrigens ist in Wirklichkeit der politische Standort des Landesrings rechts der Mitte zu suchen. Aber selbst wenn sich im Landesring der linke Flügel durchsetzte, wäre dies für die SP noch kein Grund für eine politische Zusammenarbeit. In den politischen Parteien «links der Mitte» finden sich vornehmlich politische «Verwirrer», die mit ihrer Politik des «Tuns als ob» höchstens den Weg zur Grundsatzpartei er- schwern, die politischen Grenzen verwischen und so zur Abwertung der politischen Parteien beitragen. Eine Grundsatzpartei, die aus rein takti- schen Überlegungen die Zusammenarbeit mit solchen Parteien zum Grund- satz erhebt, muss notwendigerweise an Glaubwürdigkeit verlieren. So hat sich die Anpassung an die «Parteien links der Mitte» für unsere Kantonal- partei höchst nachteilig ausgewirkt. Der Einwand, es sei bis heute gar noch nicht zu einer eigentlichen Zusammenarbeit gekommen, trifft die Sache nicht. Allein schon der Umstand, dass aus taktischen Überlegungen die so notwendige Auseinandersetzung mit den «Parteien links der Mitte» unter- blieb, hat zum starken Vormarsch des Landesrings und zur Niederlage unse- rer Partei entscheidend beigetragen. Die Zusammenarbeit mit den «Par- teien links der Mitte» hat Schiffbruch erlitten, ehe sie recht begonnen hat. Daraus sollten die Delegierten des Parteitags in Uster die Konsequenzen ziehen.

Die Öffnung zum Nonkonformismus und was mehr ist als sie

Möglicherweise wird am Parteitag auch von der Öffnung zum «Nonkonformismus» die Rede sein. Jedenfalls hat bereits ein als Parteitagsreferent vorgesehenes prominentes Mitglied des Parteivorstandes in einer Sektionsversammlung seine Auffassung über die Bedeutung des Nonkonformismus für unsere Partei dargelegt. Einige Bemerkungen dazu drängen sich hier auf.

Es lässt sich nicht leugnen, dass in unserer Konsumgesellschaft ein Trend zum Konformismus besteht. Sodann wurde schon an anderer Stelle darauf hingewiesen, dass wir Sozialdemokraten schon von Haus aus Nonkonformisten sein sollten. Ebensowenig soll bestritten werden, dass es auch ausserhalb der SP Anhänger eines fruchtbaren Nonkonformismus gibt. Das Recht zum Widerspruch schafft aber auch Pflichten. Hier versagen viele Nonkonformisten. Sie missbrauchen das Recht zum Widerspruch. Sie übersehen, dass der Kritiker auch Verantwortung zu tragen hat. Kritik, die im Ergebnis nicht positiv wirkt, schadet der Kritik im allgemeinen. Dies ist der Vorbehalt, den ich mit vielen Parteifreunden den Nonkonformisten gegenüber mache.

Ist somit am Parteitag von der Öffnung zum «Nonkonformismus» die Rede, so sollte den Parteidelegierten konkret gesagt werden, welche Nonkonformisten damit gemeint sind. Etwa Friedrich Dürrenmatt, der jüngst erklärt hat, er habe auf politischer Ebene auch keine Ideen? Aber abgesehen davon lässt sich fragen, ob eine politische Bewegung, die «zur Sonne und zur Freiheit» unterwegs sein will, mit F. Dürrenmatt allzuviel anzufangen vermag («Wann krepriere ich endlich?»)³.

Es ist auch nicht zu übersehen, dass ein Teil der intellektuellen Nonkonformisten stark vom bekannten Philosophen Herbert *Marcuse* beeinflusst ist und schon deshalb zum voraus der Sozialdemokratie ablehnend gegenübersteht. Marcuse vertritt die Auffassung, dass es dem modernen Kapitalismus gelungen sei, die oppositionellen Kräfte auszuschalten oder zu integrieren. Nach Marcuse hat die Sozialdemokratie ihre Zielsetzungen zu Gunsten eines Arrangements mit dem modernen Kapitalismus preisgegeben. Sie sei als eine «loyale Oppositionspartei» anzusprechen, die zum «Nichtradikalismus» verurteilt sei. Das Volk, schreibt Marcuse, könnte die Gesellschaft nicht mehr verändern, weil es in ihr aufgestiegen sei und sich mit ihr, so wie sie ist, arrangiert habe. Daraus folgert Marcuse, dass sinnvolle Aktionen gegen die etablierte Gesellschaft nur noch ihren Ausdruck im Neinsagen, in der Weigerung und in der totalen Negierung finden könne. Es komme alles darauf an, die Spielregeln der etablierten Gesellschaft nicht zu akzeptieren.

³ So der Nobelpreisträger Schwitter im «Meteor».

Dass solche Auffassungen von tiefem Pessimismus geprägt sind, stört die intellektuellen Nonkonformisten nicht. Sie sind vielmehr selbst vom Geist dieses Pessimismus beherrscht. Und bei diesen Leuten sollte nun die Sozialdemokratische Partei geistige Anleihen aufnehmen? Hier soll sich eine Möglichkeit fruchtbarer zukunftsreicher Zusammenarbeit auftun?

So ist denn der Versuch einer Öffnung zu dieser Gruppe von Nonkonformisten keine Lösung. Wir selbst müssen dafür sorgen, dass sich die SP nicht zu einer konservativen Partei wandelt. Denn in der Tat: Der Sozialismus, der nicht mehr die Welt verändern wollte, hätte tatsächlich kein anderes Ziel mehr, als das Bestehende zu verewigen. Sorgen wir deshalb dafür, das Gültige zu bewahren, überholte Grundsätze ins Neuzeitliche zu übersetzen und auszubauen, um sie dann mit zeitgemässen Methoden zu vertreten.

Erst wenn so über den *Inhalt unserer Politik* Übereinstimmung besteht, soll der Parteitag zu den eigentlichen organisatorischen Reformen fortschreiten. In dieser Hinsicht enthalten die «Thesen» und «Antithesen» einige diskussionswürdige Aspekte. Davon aber soll in einem späteren Artikel die Rede sein.